

Nicht neutral im Sinne der Partei

Die AfD zielt auf angeblich nicht neutrale Lehrer. Sie unterschlägt: Lehrer müssen Haltung gegenüber faschistischer Ideologie zeigen. [...] Die AfD-Fraktion der Hansestadt Hamburg brachte

5 jüngst ein Portal mit dem Namen „Neutrale Schulen Hamburg“ an den Start. Neben Allgemeinplätzen zum Neutralitätsgebot für Schulen und Lehrer findet sich dort auch ein Kontaktformular, über das Schüler oder Eltern etwaige Verstöße und ihre

10 Verursacher an die Partei melden sollen. So schön denunzieren lassen will die Berliner AfD, so hat sie angekündigt, demnächst auch. Während die Rechtspopulisten mit Hang zum Radikalismus von der „Stärkung des demokratischen und freien Diskurses“ schwadronieren, werden sie de facto von weniger hehren Motiven getrieben. Die der Initiative zugrundeliegende Unterstellung, Lehrer würden die AfD unfair behandeln, passt in das eigene Opfer-Bild, das die Partei fortlaufend zu produzieren versucht. Dabei ist es egal, ob Medien kritisch

20 berichten, Demonstrationen blockiert, Parlamentsreden gerügt oder ihre Vertreter nicht auf Schulpodien geladen werden – jede Gegenwehr wird begierig ausgeschlachtet, um sich selbst als Retter einer bedrohten Demokratie zu inszenieren. So gern die AfD Opfer ist, so sehr ist sie aber auch Täter. Systematisch attackiert sie jede Institution, die einer Umgestaltung der Gesellschaft nach nationalistischer Vorstellung im Wege steht. Mit parlamentarischen Initiativen und öffentlicher Propaganda versucht sie nicht nur Anti-Rechts-Initiativen, sondern auch Theater oder kritische universitäre Forschung zu diskreditieren und von öffentlichen Geldern abzuschneiden. So ist es auch schon mit der

25 Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ geschehen. Dass man nun die Schulen als Ganzes in den Blick nimmt, ist in dieser Hinsicht konsequent. Worum es in allen Fällen geht, ist Einschüchterung. Und so sehr die Partei bemüht ist, darauf hinzuweisen, dass sie die Namen gemeldeter Lehrer nicht veröffentlichen wird, so klar ist die Botschaft: Sprecht lieber nicht kritisch über uns, dann habt ihr auch keine Probleme und wir

30

35

40



Von der AfD kritisiert: 26.03.2019, Hamburg: Schüler verschiedener Schulen stehen mit Solidaritätsbekundungen für Antifa-Gruppen zwischen dem Helene Lange Gymnasium und der Ida Ehre Schule (hinten).

hängen euch keine Dienstaufsichtsbeschwerden an.

Argumentativ versuchen die Rechten, den Beutelsbacher Konsens für sich zu nutzen – jene drei Prinzipien, die Lehrer bei der politischen Bildung beherzigen sollen: nicht überzeugen, Kontroversen zulassen, an den Schülern orientieren. Dass Lehrer selbst keine Meinung vertreten dürfen, schließt das nicht ein. Sie müssen sogar Haltung zeigen, wie Paragraph 1 nicht nur des Berliner Schulgesetzes darlegt: „Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten“, heißt es da. Eine Auseinandersetzung mit der AfD kann nicht neutral im

45

50

55

60

65

Sinne der Partei erfolgen. Wer sich mit ihr auseinandersetzt, muss mit den Schülern Methoden, Zielstellungen und historische Parallelen herausarbeiten. Ähnlichkeiten zur Weimarer Republik, wo schon einmal demokratische Institutionen bis zur Wehrlosigkeit geschwächt wurden, können genauso Teil des Lehrplans sein wie Vergleiche der Reden von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels und dem parteiinternen Anheizer Björn Höcke – einem Geschichtslehrer.

Der Kommentar in der tageszeitung beschreibt zudem, inwiefern die AfD über ein Internet-Portal versucht, Lehrerinnen und Lehrer melden zu lassen und sie damit auf das „Neutralitätsgebot“ zu verpflichten.

1. Recherchieren Sie, was es mit dem Meldeportal auf sich hat. Beurteilen Sie, ob die AfD hier im Sinne der Demokratie vorgeht und welche Ziele sie damit (außerdem) verfolgt.
2. Erklären Sie, welchen Effekt ein solches Meldeportal auf die Atmosphäre innerhalb der Schule haben kann.
3. Welche Grenzen dürfen Ihrer Meinung nach politisch nicht überschritten werden? Begründen Sie Ihre Antwort.